

## Prekäre Politik

*Vor der Bundestagswahl zieht die DGB-Jugend Bilanz.*

**W**o steht die Jugend in Deutschland kurz vor der Bundestagswahl? Weitestgehend im Abseits, konstatiert die DGB-Jugend dieser Tage: Denn junge Leute sind häufiger als jede andere Altersschicht in schlechten Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen. Und sie sind die ersten, die entlassen werden – sechsmal häufiger als ältere, wie die IG Metall errechnet hat. Oftmals müssen sie Hartz IV-Leistungen beantragen, weil sie – etwa wegen zu kurzer Beschäftigungsdauer – keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

1,5 Millionen junge Leute sind ohne Job. Bei den unter 25-Jährigen stieg die Arbeitslosigkeit im Mai 2009 mehr als dreimal so stark wie die Erwerbslosigkeit insgesamt. »Man kann davon ausgehen, dass die betriebliche Ausbildung noch weiter zurückgefahren wird«, warnt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Und: Die Übernahmequote nach der Ausbildung liegt derzeit bei gerade mal 50 Prozent.

**Die Negativliste** ließe sich noch lange fortsetzen, zu fragen ist: Wird hier eine ganze Generation abgesägt? Die Antwort lautet: Ja. Die DGB-Jugend kritisiert daher auch, dass die Bundesregierung an einem Ausbildungspakt festgehalten hat, der nachweislich keine Verbesserung brachte. Dabei handelt der Bund nicht anders als die Unternehmen: Denn es sind Wirtschaft und Ver-

### NEUE INFORMATIONEN



»Ausgelernt – und nun? Studieren!« heißt die neueste Broschüre der DGB-Jugend zum Studieneinstieg nach der Berufsausbildung. [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de), »Broschüren«

waltungen, die wegen der Wirtschaftskrise in diesem Herbst mindestens 50.000 Lehrverträge weniger abschließen werden als noch 2008.

Die Politik argumentiert, dass nur ein flexibler Arbeitsmarkt in Zeiten des globalen Kapitalismus konkurrenzfähig ist. Angesichts der Krise hat sich jedoch vor allem eins gezeigt: dass diese Art des Kapitalismus erstaunlich unflexibel ist. Diese Starrheit könnte dazu führen, dass sich gerade die junge Generation schnell enttäuscht von der Politik abwendet.

Die Ausbildung dürfe nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden, warnt die DGB-Jugend eindringlich. »Übernahme wird unser großes Thema sein«, sagt DGB-Landesjugendsekretärin Annika Wörsdörfer für ihr Bundesland Bezirk Baden-Württemberg: »Und ab 2010 das Angebot an Ausbildungsplätzen und die Qualität der Ausbildung.«

»Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der etablierten Parteien ist bei jungen

### INHALT

#### 3 *ausbildung + beruf*

Der BIBB-Ausbildungsreport  
Angezählt: Die Datenlage  
Qualität: Die AEVO ist wieder da

#### 4 *thema*

Die Parteien und die Jugend

#### 6 *projekte*

Flecken Zechlin:  
Die Heide ist frei  
PERC-Jugend: Das neue Präsidium  
DGB: Junge und Ältere zahlen Krise  
Weg mit dem Studi-Rabatt!

#### 8 *bundesjugendkonferenz*

Die Leiteträge  
»Gutes Leben«  
Gewerkschaftliche Jugendbildung  
»Gute Ausbildung«  
»Gute Arbeit«  
Mitbestimmung und Tarifpolitik

#### 13 *internationales*

Abnehmender Rohstoff:  
Jugend im EU-Bericht  
Jugend im Labor: EU-Studien  
zusammengefasst  
IGB: GewerkschafterInnen  
weltweit bedroht

#### 14 *jav-ratgeber*

Der Aufhebungsvertrag –  
Azubis: Vorsicht!

#### 15 *bezirke + gewerkschaften*

Die IG Metall-Jugend ruft zur  
Großkundgebung

Leuten gering«, fürchtet André Schnabel, Landesjugendsekretär in Sachsen.

Für sein Bundesland konnte er schon spüren, was das bedeuten kann: »Zur letzten Landtagswahl haben rund 20 Prozent der Erstwähler NPD gewählt.«

**Die DGB-Jugend** hat nun die Wahlversprechen der wichtigsten Parteien verglichen (siehe Seite 4) und fordert ein gebündeltes Konzept verschiedener Strategien (ab Seite 8), die auch im Zentrum ihrer Bundesjugendkonferenz vom 19. bis 21. November 2009 in Göttingen stehen werden. [5](#)

Infos im Internet: [www.dgb-jugend.de/themen/bundestagswahlen\\_2009](http://www.dgb-jugend.de/themen/bundestagswahlen_2009)

### SICHERHEITSBROSCHÜRE

## Jugendschutz

Deutsche Konzerne überwachen GewerkschafterInnen, MitarbeiterInnen, sich selbst. Die IG Metall-Jugend hat genug davon – und bietet nun umfangreiches Infomaterial zum Thema Datenschutz. [5](#)

Anklicken, downloaden, kämpfen: <http://jugend.igmetall.de>, »Broschüre Innere Sicherheit«

## Finger weg!

**Von unseren Daten** ■ Der DGB fordert von den Parteien vor der Bundestagswahl, endlich ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz auf den Weg zu bringen. Überwachung und Bespitzelung von Beschäftigten in allen denkbaren Formen sollten ausdrücklich verboten werden.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ruft der DGB dazu auf, am 12. September 2009 an der Demonstration »Freiheit statt Angst« teilzunehmen.

Infos: [www.foebud.org](http://www.foebud.org)

## Stark gestiegen

**EU-Jugendarbeitslosigkeit** ■ Seit Beginn 2008 ist die Arbeitslosenquote in der EU – vor allem bei den Jugendlichen – stark gestiegen: Im ersten Quartal 2009 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der EU27 für die 15- bis 24-Jährigen bei 18,3% und war damit deutlich höher als die Gesamtarbeitslosenquote von 8,2%. 5 Mio. Jugendliche waren arbeitslos.

Die Jugendarbeitslosenquote lag zwischen 6% in den Niederlanden und 33,6% in Spanien, während die Gesamtarbeitslosenquote von 2,9% in den Niederlanden bis 16,5% in Spanien reichte. Deutschland hat offiziell eine Quote von 10,5%.

## Spitzenplätze

**Migrierende Studierende** ■ Deutschland hat nach den USA und Großbritannien die meisten ausländischen Studierenden: 2008 waren es 233.606.

Umgekehrt waren 2006 83.000 Deutsche an einer ausländischen Hochschule eingeschrieben – 7% mehr als 2005. Am beliebtesten waren mit fast 14.000 deutschen Studierenden die Niederlande. Dann kamen Großbritannien und Österreich.

[www.daad.de](http://www.daad.de)

## Festhalten, bitte

**Ausbildungsplatzzahlen Juli 2009** ■ Der Ausbildungsstellenmarkt im Juli 2009 war zum Gruseln. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) weist in ihrer Statistik einen Rückgang der betrieblichen Ausbildungsplätze um fast 22.000 (5,3%) gegenüber dem Vorjahresmonat aus. 393.875 gemeldete betriebliche Ausbildungsplätze standen 494.930 BewerberInnen gegenüber, die bei der BA gemeldet waren.

Die DGB-Jugend begrüßt aber, dass der DGB-Vorschlag eines Schutzschilds für Auszubildende aus Insolvenzbetrieben aufgegriffen wurde. Vor allem aber müsse Ausbildung konjunkturunabhängig strukturiert sein.

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

## Wird es gesenkt?



A. Voßkuhle

**Wahlalter** ■ Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) fordert ein Absenken des Wahlalters auf 14 Jahre. Aber 14 plus x wäre auch schon mal ein Anfang: Nachdem der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes,

**Andreas Voßkuhle**, in einem Interview erklärt hatte, eine Wahlentscheidung könne man auch bereits mit 16 Jahren treffen, hatten FDP, Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD dieser Ansicht zugestimmt. »Zum Ende dieser Legislaturperiode und vor der Bundestagswahl können die Parteien also beweisen, dass sie es ernst meinen«, sagt DBJR-Präsident **Detlef Raabe**.

[www.jugend-waehlt-zaehlt.de](http://www.jugend-waehlt-zaehlt.de)

## Neues Modul

**Falsches Modell** ■ Bundeswirtschaftsminister **Karl-Theodor zu Guttenberg** (CSU) plant die Einführung eines neuen Ausbildungsberufs namens »Montage-Fachkraft für Bauelemente«.



zu Guttenberg

Na und? werden sich manche jetzt fragen. Das passiert doch dauernd!

Aber nicht so – weil dieser Beruf den Bestand und die hohe Qualität anerkannter Handwerksberufe gefährdet, befürchtet IG BAU-Vorstandsmitglied **Andreas Steppuhn**. Die Pläne des Ministers seien ein Vorgeschnack auf die Gefahren, die dem Handwerk durch die Europäisierung der Berufsbildung drohen. »Bewährte und gewachsene Handwerksberufe werden in einzelne Module zerlegt und zu neuen Phantasieberufen zusammengepuzzelt«, so Steppuhn.

[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

## Gesunde Kinder

**Essen Obst** ■ Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte hat im Juli 2009 Bund und Länder aufgefordert, die Auseinandersetzung um die Finanzierung der Vergabe von frischem Obst an Schulkinder umgehend zu beenden. Es müsse sichergestellt werden, dass zu Beginn des neuen Schuljahres an allen Schulen Obst an SchülerInnen verteilt werde.

1,6 Mio. Kinder und Jugendliche leben in Deutschland von Hartz IV. Frisches Obst und Gemüse stehen ihnen häufig nicht zur Verfügung. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, Obst und Gemüse kostenlos an Schulkinder abzugeben. Dafür sind Mittel in Höhe von jährlich 90 Mio. Euro vorgesehen. Das Programm soll zum Schuljahr 2009/10 anlaufen.

[www.kinderaerzte-im-netz.de](http://www.kinderaerzte-im-netz.de)

## Viel zu teuer

**Studiengebühren** ■ Zu wenige junge Menschen mit Hochschulreife entscheiden sich für ein Studium. Dabei spielen finanzielle Erwägungen gerade für Arbeiterkinder und Frauen eine wachsende Rolle. »Gegen die Erwartung einer steigenden Studienbereitschaft ist insgesamt ein Trend rückläufiger Studierquoten zu beobachten«, sagt **Christoph Heine**, der jetzt in einem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung den Forschungsstand beim Hochschulzugang analysiert hat. Zwischen 2002 und 2006 ging die Quote unter den Akademikerkindern mit Hochschulreife von 82 auf 75% zurück. Die Bedeutung von Studiengebühren sei dabei nicht zu unterschätzen.

[www.boeckler.de/32014\\_95641.html](http://www.boeckler.de/32014_95641.html)

## Auch für Junge

**Kündigungsschutz** ■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat im Juli 2009 darüber verhandelt, ob der Kündigungsschutz in Deutschland jüngere ArbeitnehmerInnen diskriminiert. Nach dem Kündigungsschutzgesetz gilt für alle ArbeitnehmerInnen eine Grund-Kündigungsfrist von vier Wochen. Nach zwei Jahren verlängert sich die Kündigungsfrist des Arbeitgebers und erreicht stufenweise nach zehn Beschäftigungsjahren vier Monate. Dabei werden Beschäftigungszeiten vor dem 25. Geburtstag allerdings nicht mitgerechnet. Das Urteil wird zum Ende des Jahres erwartet.

EuGH, Az.: C-555/07

## Amtshilfe

**Gestiegene Zahl** ■ Im Jahr 2008 haben die Jugendämter in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 32.300 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen. Das sind rund 4.100 (+ 14,4%) mehr als 2007. Gegenüber dem Jahr 2005 beträgt die Steigerung 26%.

Im Jahr 2000 wurden, wiederum auf die Bevölkerung bezogen, sechs von 10.000 Kindern unter neun Jahren in Obhut genommen, im Jahr 2008 waren es dagegen zwölf von 10.000. Der mit Abstand meistgenannte Anlass für die Inobhutnahme war die Überforderung der Eltern (44% aller Fälle).

[www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen), Stichwort »Inobhutnahmen«

## Personalie

**Sabrina Klaus-Schellert**, 29, bisher Jugendbildungsreferentin bei der DGB-Jugend Mittelhessen, ist jetzt politische Referentin im Bereich Jugend des DGB-Bundesvorstandes und zuständig für »Students at work«, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.



Klaus-Schellert

# Status: Schön verteilt

**Ausbildungsplanung zuweilen Fehlanzeige, Berufsschulen manchmal technisch hinterher: Das BIBB hat seine Qualitätsstudie der dualen Berufsausbildung veröffentlicht.**

**I**ch muss 60 Stunden arbeiten und krieg nie Urlaub.« – »Ich zieh ganze Projekte allein durch und hab super Kollegen...«

Die Berufsausbildung in Deutschland bietet ein breites Spektrum – zumindest, wenn es um ihre Qualität aus der Sicht von Auszubildenden geht: Mehr als die Hälfte der Auszubildenden (53 Prozent) beurteilt sie als »befriedigend«. Jeder Vierte (24 Prozent) schätzt die Ausbildung als »gut« ein, jeder Fünfte (21 Prozent) dagegen nur als »ausreichend«. Ein Prozent bewertet die Ausbildung als »mangelhaft«.

Dies sind Ergebnisse der Studie »Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden«, für die das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) rund 6.000 Azubis befragt hat. Die Auszubildenden im zweiten Jahr aus 15 dualen Ausbildungsberufen beurteilten eine Vielzahl von unterschiedlichen Qualitätsaspekten.

Und wo sind die dicksten Baustellen? Richtig Schwierigkeiten innerhalb der Betriebe sehen die Azubis bei der Organisation: Relativ selten werde der Ausbildungsverlauf genau geplant und eingehalten, und regelmäßige Feedback-Gesprä-

che darüber, wie sie mit der Ausbildung zu-recht kommen, finden nur in wenigen Betrieben statt.

**Der Betrieb ist aber nicht alles:** Die Berufsschulen konnten mit einem guten Klassenklima punkten. So weit, so gut.

Problematisch schätzen die Befragten allerdings die materiellen Bedingungen ein:

Oftmals würden Werkzeuge und technische Ausstattungen genutzt, die nicht auf dem neuesten Stand seien.

Von allen untersuchten Qualitätsbereichen kommt die Kooperation der Lernorte Betrieb und Berufsschule am schlechtesten weg – Theorie und Praxis, sie scheinen sich nicht zu mögen:

Die Arbeiten, die in den Betrieben auszuführen sind, werden nach Wahrnehmung der Auszubildenden »eher selten« in den Berufsschulen behandelt. Umgekehrt haben die Auszubildenden auch den Eindruck, dass sie die schulischen Lerninhalte oft nicht in den Betrieben anwenden können. Ausbildungsprojekte, die von Betrieben und Berufsschulen gemeinsam durchgeführt werden, stellen eher die Ausnahme dar.

**Der Vergleich** der untersuchten dualen Ausbildungsberufe von AnlagenmechanikerIn bis Medizinischer Fachangestellter zeigt, dass es keinen Beruf mit durchgängig guten

oder schlechten Bewertungen in allen Qualitätsbereichen gibt – Vorurteile gegenüber einzelnen Berufen werden nicht bestätigt. Statt dessen zeigt sich ein Bild mit vielfältigen Abstufungen: Zu den Berufen, deren Ausbildungsbedingungen eher besser bzw. eher schlechter eingeschätzt werden, zählen sowohl kaufmännische als auch gewerblich-technische Berufe.

Die beiden am besten bewerteten Berufe – Bankkaufmann/-frau und IndustriemechanikerIn – sind dem Ausbildungsbereich Industrie und Handel zuzurechnen. Hier gibt es aber auch weniger günstig beurteilte Berufe wie zum Beispiel FachinformatikerIn und Industriekaufmann/-frau. Die Berufe des Handwerks – z.B. FriseurIn, FachverkäuferIn im Lebensmittelhandwerk und MalerIn und LackiererIn – liegen im mittleren und unteren Bereich. Es gibt jedoch keinen Beruf, der von der Gesamtbeurteilung her sehr schlecht abschneidet. [S](#)

Die Studie im Internet:  
[www.bibb.de/bibbreport](http://www.bibb.de/bibbreport)

Die DGB-Jugend wird in wenigen Wochen ihren jährlichen Ausbildungsreport vorlegen.



**...die Azubis den Eindruck, dass sie den Schulstoff nicht in den Betrieben anwenden können.**

## ANGEZÄHLT

### Die Datenlage

**84,3** Prozent der SchülerInnen mit Behinderungen besuchen in Deutschland eine spezielle Förderschule.

**80** Prozent der SchülerInnen mit Behinderungen lernen im EU-Durchschnitt an Regelschulen.

**77** Prozent der SchülerInnen mit Behinderungen verlassen die Förderschule in Deutschland ohne Hauptschulabschluss.

**24** lautet die Nummer des Artikels im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das kürzlich in Kraft getreten ist. Darin erkennen die Vertragsstaaten das Recht auf Bildung von Menschen mit Behinderungen an und verpflichten sich dazu, Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund ihres Handicaps vom allgemeinen Bildungssystem oder vom Besuch weiterführender Schulen auszuschließen. [S](#)

[www.vdk.de](http://www.vdk.de)

## Qualität kommt wieder

*Ein Grund zum Feiern: Die AEVO ist wieder in Kraft getreten.*

**A**b 1. August 2009 ist die Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) wieder in Kraft. Sie wurde mit einem neuen Rahmenplan versehen, dessen Ziel die Sicherung von bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards bei der Durchführung von Lehrgängen zum Erwerb der Ausbilder-Eignung ist.

Veränderte und vermehrte Anforderungen an die Ausbildung durch kürzere Innovationszyklen, neue Formen der Arbeitsorganisation, eine stärkere Ausrichtung auf Arbeits- und Geschäftsprozesse sowie demografische Veränderungen hatten es er-

forderlich gemacht, die Lehrgänge zu modernisieren. DGB-Jugend und Gewerkschaften hatten daran einen großen Anteil und sich vehement für die Wiedereinsetzung stark gemacht. Später wollten auch die Betriebe die Wiedereinführung – nicht nur die aktuelle BIBB-Ausbildungszufriedenheitsstudie (siehe Artikel oben) stellt große Unterschiede bei der Qualität, der Planung und Regelmäßigkeit fest.

Mit der novellierten AEVO und dem neuen Rahmenplan sollen nun die Weichen für eine bessere Ausbildung gestellt werden. [S](#)

# Die schönen Versprechen

»Gute Ausbildung, Gute Arbeit, Gutes Leben« – was die Parteien in ihren Wahlprogrammen zu den Kernthemen der DGB-Jugend zu sagen haben. Von **Sabrina Klaus-Schelletter**

**A**ls politischer Jugendverband mit über 500.000 Mitgliedern setzt sich die DGB-Jugend für das Recht auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung, einen guten Start in das Berufsleben und eine Zukunft mit Sicherheit und Perspektiven in einer demokratischen Gesellschaft ein. Vor diesem Hintergrund hat sie die Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien zu ihren zentralen Themen analysiert und in Wahlprüfsteinen zusammengestellt.

## Ausbildung

**CDU/CSU:** Neue Ausbildungsplätze sind laut Wahlprogramm das vorrangige Ziel der Union. Dafür setzt sie auf die Fortführung des Ausbildungspaktes mit der Wirtschaft. Im dualen System sollen die Ausbildungsberufe an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen angepasst werden.

**SPD:** Die SPD steht zum dualen System und möchte die Ausbildungsberufe modernisieren. Betriebliche Ausbildung, die mit einem akademischen Studium verbunden ist, soll weiter ausgebaut werden. Die SPD will den Ausbildungspakt weiterentwickeln und bleibt beim Ausbildungsbonus für Jugendliche, die schon länger einen Ausbildungsplatz suchen. Sie fordert eine Berufsausbildungsgarantie in außerbetrieblichen Angeboten für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben.

**FDP:** Die FDP möchte die duale Berufsausbildung, ganz wie alles andere auch, »flexibler« gestalten – durch Modularisierung. Jugendliche mit Lernschwierigkeiten



sollen sich durch den Abschluss von zertifizierten Modulen nachträglich qualifizieren können.

**Linke:** Ziel der Linken ist ein auswahlfähiges Ausbildungsangebot im dualen System, das durch die Ausbildungsplatzumlage realisiert werden soll. Die Linke will »Gute Ausbildung«: Dazu zählen die tarifliche Vereinbarung der Ausbildungsentgelte sowie die Gleichstellung von außer- und überbetrieblichen Ausbildungen mit den betrieblichen. Und der Jugendarbeitsschutz soll auch ausgebaut werden.

**Grüne:** Die Grünen stehen für die Umsetzung des Rechts auf einen Ausbildungsplatz, indem das duale System um überbetriebliche Zentren erweitert werden soll. Modularisierung soll die Ausbildung flexibler machen. Abschlüsse von vollschulischen Ausbildungen müssen bundesweit anerkannt werden. Durch zusätzlichen Unterricht soll während der Ausbildungszeit das Fachabitur erreicht werden können. Jugendliche mit Lernschwierigkeiten sollen ihre Ausbildung verlängern können und durch begleitende Hilfen unterstützt werden. Auch die Grünen schwören auf eine Umlageverteilung zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben.

## Praktikum

**CDU/CSU:** Zum Thema Praktikum macht die Union in ihrem Wahlprogramm keine Angabe.

**SPD:** Die SPD will eine bessere rechtliche Absicherung von PraktikantInnen.

**FDP:** Zum Thema Praktikum macht die FDP in ihrem Wahlprogramm keine Angabe.

**Linke:** Die Linke fordert eine klare gesetzliche Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnissen. Berufseinstiege sollen über reguläre Arbeitsverhältnisse

gesichert werden. Praktika sollen mit mindestens 300 Euro pro Monat vergütet werden.

**Grüne:** Die Grünen fordern ein »faireres Praktikum« – mit Entlohnung und zeitlicher Begrenzung.

## Mindestlohn

**CDU/CSU** sind gegen die Einführung eines einheitlichen, gesetzlich geregelten Mindestlohns.

**SPD:** Die SPD nicht – sie fordert 7,50 Euro Stundenlohn.

**FDP:** Die FDP spricht sich gegen Mindestlohnmodelle aus. Sie will ein steuerfinanziertes »Bürgergeld«, das ausgleichend zu Niedriglöhnen gezahlt werden soll.

**Linke:** Die Einführung eines flächendeckenden und existenzsichernden Mindestlohns von zehn Euro ist Ziel der Linken. Branchenbezogene höhere tarifliche Mindestlöhne sollen für allgemeinverbindlich erklärt werden.

**Grüne:** Auch die Grünen wollen einen Mindestlohn – von mindestens 7,50 Euro. Höhere Mindestlöhne in anderen Branchen sollen davon unberührt bleiben.



## Leiharbeit

**CDU/CSU:** Zum Thema Leiharbeit macht die Union in ihrem Wahlprogramm keine Angabe.

**SPD:** Die SPD will Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit soll für die Arbeit in demselben Unternehmen der Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« gelten.

**FDP:** Zum Thema Leiharbeit macht die FDP in ihrem Wahlprogramm keine Angabe.

**Linke:** Die Linke will Leiharbeit auf eine maximale Ausleihdauer von sechs Monaten strikt begrenzen. LeiharbeiterInnen sollen zu gleichen Arbeitsbedingungen und



gleichem Lohn wie Festangestellte beschäftigt werden.

**Grüne:** Die Grünen wollen die komplette Mitbestimmung des Betriebsrats beim Einsatz von LeiharbeiterInnen. Sie sollen vom ersten Tag an wie die Stammbeschäftigte behandelt und bezahlt werden.

## Mitbestimmung

**CDU/CSU:** Zum Thema Mitbestimmung macht die Union in ihrem Wahlprogramm keine Angabe.

**SPD:** Für die SPD ist die Mitbestimmung ein wichtiger Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Sie will die Mitbestimmung bei Fragen der Ausbildung und Weiterbildung im Betrieb ausbauen und auch beim Einsatz von ZeitarbeiterInnen stärken.

**FDP:** Die Mitbestimmung ist den Liberalen ein Dorn im Auge: Sie wollen sie begrenzt wissen und die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduzieren. Ein Betriebsrat soll erst ab 20 Beschäftigten im Betrieb gebildet werden können. Außerdem sähe die FDP die paritätische Mitbestimmung gern auf ein Drittel für die Gewerkschaften gestutzt.

**Linke:** Die Linke steht für den Ausbau der Mitbestimmung – sie möchte die Beteiligung von abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften an wesentlichen Unternehmensentscheidungen stärken.

**Grüne:** Die Grünen wollen die Arbeitnehmerseite in Zukunft bei Entscheidungen über große Unternehmensumstrukturierungen stärken. Betriebsräte sollen über den Einsatz von LeiharbeiterInnen mitbestimmen können.

## Work Life Balance

**CDU/CSU:** CDU und CSU sehen Kindererziehung und Pflege von Angehörigen gleichermaßen als Aufgabe von Männern und Frauen an. Ihre Forderung: Unternehmen müssen entsprechende Karrierestrukturen anbieten.

Darüber hinaus will die Union den Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, Ganztagschulen und Angebote für

pflegebedürftige Angehörige sind zu schaffen.

**SPD:** Die SPD steht für den Ausbau der Kindertagesbetreuung mit dem Ziel, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung vom ersten Lebensjahr an zu gewährleisten. Die SPD will den Ausbau von Betriebskindergärten forcieren, einen Anspruch auf Teilzeitarbeit und die Ausweitung des Elterngeldes auf 16 Monate festschreiben.

**FDP:** Die FDP will ausreichend zeitlich flexible und qualitativ gute Kinderbetreuungsangebote in Einrichtungen und bei Tagesmüttern und -vätern. Darüber hinaus möchte sie schrittweise die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung abschaffen, um Familien zu entlasten und die Bedeutung von vorschulischer Bildung zu unterstreichen.

**Linke:** Die Linke steht für Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und individueller Lebensgestaltung.

**Grüne:** Mit den Grünen soll es einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige und ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr geben. Beim Elterngeld wollen die Grünen einen bedarfsgerechten Sockelbetrag für Geringverdienende und Studierenden einführen. Um Familie und Beruf besser verbinden zu können, wollen die Grünen flexible Arbeitszeitmodelle durch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten. Berufstätige sollen für die Organisation der familiären Pflege zeitlich begrenzt freinehmen können.

## Hartz IV

**CDU/CSU:** Zum Thema Hartz IV macht die Union in ihrem Wahlprogramm keine Angabe.

**SPD:** Das »Schonvermögen« für Hartz IV-BezieherInnen soll steigen. Für GeringverdienerInnen sind staatliche Zuschüsse vorgesehen. Außerdem möchte die SPD Verbesserungen für ältere ArbeitnehmerInnen bei der Rente mit 67.

**FDP:** Statt Hartz IV möchte die FDP ein »Bürgergeld« von monatlich 662 Euro einführen. Voraussetzung für das »Bürgergeld« sollen Bedürftigkeit und die Bereitschaft zur Aufnahme einer Beschäftigung sein. Bei Ablehnung einer als »zumutbar« bezeichneten angebotenen Arbeit wird das »Bürgergeld« gekürzt.

**Linke:** Die Linke steht für die Abschaffung von Hartz IV. Lieber ist ihr die bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung. Sie möchte die



Gleichbehandlung aller Erwerbslosen und die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse.

**Grüne:** Die Grünen wollen die Hartz IV-Regelsätze für alle Erwachsenen sofort auf 420 Euro anheben. Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche sollen auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt werden, die den tatsächlichen Bedarf berücksichtigt und sie entsprechend anhebt.

## Kampf gegen Rechts

**CDU/CSU** wollen die Ursachen von rechten Einstellungen bekämpfen – indem die Bürgergesellschaft gestärkt wird und demokratische politische Nachwuchsverbände und Aussteigerprogramme gefördert werden.

**SPD:** Die SPD möchte für eine Jugendpolitik mit präventivem Ansatz und einem Schwerpunkt in Schulen und in der Jugend- und Bildungsarbeit stehen. Sie setzt auf arbeitsmarktpolitische Programme, die Integration, Bildung und Arbeitsmarktchancen verbinden, und auf besondere Aktivitäten für Städte und Stadtteile, wo vermehrt Rechtsextreme auftreten. Die NPD soll am besten verboten werden.

**FDP:** Die FDP bekämpft politischen Extremismus jeder Art. Sie schlägt eine »Drei-Säulen-Initiative« vor: Intensivierung von Aussteigerprogrammen, Angebote für jugendliche AussteigerInnen aus der rechten Szene mit schulischer und beruflicher Qualifizierung und Gewaltpräventionsprogramme. Die FDP will Antisemitismus und Antisemitismus sowie »jede Form des religiösen Fundamentalismus« bekämpfen.

**Linke:** Die Linke will rechtsextreme Gewalt ächten, staatlich verfolgen – und die NPD verbieten. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sollen von einer unabhängigen Beobachtungsstelle überwacht werden.

**Grüne:** Die Grünen hätten gern ein gesellschaftliches Klima, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Der gehört geächtet und unterbunden. Die Grünen setzen dabei auf demokratische Netzwerke. Ein NPD-Verbotsverfahren wollen auch die Grünen prüfen. [S](#)



# Es hat sich ausgebombt



Die Zielpyramide – eine Aktion der Künstlerin Ulrike Mohr. 2006 und 2007 wurden viele von ihnen gebaut und in der Heide aufgestellt – ein alter militärischer Trick, um den Gegner zu verwirren!

**Die Heide ist frei: Der militärische Übungsplatz in Nord-Brandenburg ist Geschichte.**  
Von **Martina Panke** und **Uli Schnauder**

**S**iebzehn Jahre lang haben AnwohnerInnen, GewerkschafterInnen und andere Friedensbewegte gekämpft – jetzt ist der Jubel riesengroß: Im Juli 2009 hat Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) bekanntgegeben, dass die Bundesregierung endgültig auf den Ausbau des Übungsplatzes Wittstock verzichtet. Das »Bombodrom« in Nord-Brandenburg ist damit Geschichte – die Heide ist frei!

Nur wenige Kilometer sind es von der Freien Heide bis zur DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin. Die Bildungsstätte hat den Protest gegen den Bombenabwurfplatz in Brandenburg seit ihrer Eröffnung im Sommer 1993 tatkräftig unterstützt. Große öffentliche Resonanz erreichte der jährlich von der DGB-Jugendbildungsstätte veranstaltete Jugendkunstsommer »Bomb-o-Dream«: Jugendliche aus der Region, Berlin

und Polen beschäftigten sich mit dem Konflikt und erarbeiteten mit international tätigen KünstlerInnen Musik und Skulpturen, Theaterprojekte und Graffiti-Wände für die Heide.

Nach den Plänen von Bundesregierung und Bundeswehr sollte in der Kyritz-Wittstock-Ruppiner-Heide, 80 Kilometer nördlich von Berlin, ein 142 Quadratkilometer großer Luft-Boden-Schießplatz entstehen. An 200 Tagen im Jahr sollten Nato-Verbände den modernen Bombenkrieg üben.

Das ausgedehnte Wald- und Heidegebiet zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin war Anfang der fünfziger Jahre von der Sowjetarmee beschlagnahmt worden, in den sechziger Jahren wurde dieser Schießplatz erweitert, um Luftwaffenübungen durchzuführen. Die Beschlagnahme war bis in die achtziger Jahre hinein mit Nötigungsverkäufen und entschädigungslosen Enteignungen von Gemeinden, Landwirten und Kirchgemeinden verbunden. Mit jährlich Tau-

**An 200 Tagen im Jahr sollten Nato-Verbände den modernen Bombenkrieg üben.**

senden von Luftwaffeneinsätzen übte die Rote Armee ohne Rücksicht auf Bevölkerung und Natur ohrenbetäubenden Tiefflug, Bombenabwürfe und Raketeneinsätze.

Nach der Wende entschied der Bund, dass das Gelände den Gemeinden und EigentümerInnen zurückgegeben werden sollte. Kurz vor dem Abzug der Roten Armee im Jahr 1992 ordnete dann allerdings der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) überraschend an, dass das Gelände wieder militärisch genutzt werden sollte – durch die Bundeswehr. Dieser Affront gegenüber der Bevölkerung war der Ausgangspunkt für die Gründung der Bürgerinitiative FREIE HEIDE im Sommer 1992. Zusammen mit der Initiative Freier Himmel aus Mecklenburg-Vorpommern, dem Unternehmerzusammenschluss Pro Heide und der Friedensinitiative Kyritz-Ruppiner Heide entstand eine breite Bürgerbewegung. FREIE HEIDE wurde ein Synonym für kreativen friedlichen Massenprotest. Bei den Ostermärschen versammelten sich in der kleinen Gemeinde Fretzdorf regelmäßig über 10.000 Menschen.

Die Wurzeln des Protests reichen weit in die Friedens- und Demokratiebewegung der ehemaligen DDR. Wolfgang Ullmann, einer der führenden Köpfe der ostdeutschen Bürgerbewegung, hat bis zu seinem Tod im Jahr 2004 für die FREIE HEIDE gestritten: »Wo zu haben wir denn eine friedliche Revolution gemacht in der DDR und damit für die ganze Bundesrepublik Deutschland? Doch nicht etwa, weil wir Rechtsnachfolger für herrenlos gewordene Bombodrome gesucht haben.« [5]

Martina Panke und Uli Schnauder arbeiten in der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin.

## Vernetzte Gewerkschaftsjugend

In Brüssel fand im Juli 2009 die Gründungskonferenz der PERC-Jugend statt.

**V**om 9. bis 10. Juli 2009 fand in Brüssel die Gründungskonferenz der PERC-Jugend statt. Wichtigstes Ergebnis: Die Jugendorganisation der PERC wird sich ab sofort ein Mal jährlich treffen und europäische VertreterInnen zum Jugendkomitee des IGB entsenden.

PERC, das bedeutet: Pan-European Regional Council – und ist die europäische

Struktur des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB. Die PERC-Jugend umfasst neben der Europäischen Union auch osteuropäische Staaten wie die Ukraine, Georgien und Russland.

Der Vorstand der PERC-Jugend setzt sich aus folgenden KollegInnen zusammen: Präsidentin ist Daniela Aleksieva, Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften KNSB

(Bulgarien). Die anderen Vorstandsmitglieder sind Benoît Constant, Christlicher Gewerkschaftsbund ACV-CSC (Belgien); Daniela Aleksieva, KNSB (Bulgarien); Hans Richard Schmidt-Nielsen, Akademikergewerkschaft AC (Dänemark) und Tugba Balci, Gewerkschaftsverband HAK-IS (Türkei). [5]

Präsentationen und Ergebnisse der Konferenz: <http://perc.ituc-csi.org/spip.php?article262>

# Schnell mal sanieren – Ausgrenzung funktioniert

**Der DGB hat nachgerechnet:  
Junge und Ältere kommen  
für die Krise auf.**

**N**a, also – geht doch mit der Generationengerechtigkeit in Deutschland!

Jedenfalls, wenn es nach der auf der nach unten offenen Skala der Krisenauswirkungen geht: Da sind junge Menschen und Beschäftigte über 55 Jahre die Hauptleidtragenden auf dem Arbeitsmarkt. Diese Bilanz zieht der DGB in einer Studie, in der Daten der Bundesagentur für Arbeit für die ersten fünf Monate dieses Jahres ausgewertet wurden.

Die Arbeitslosigkeit stieg in beiden Altersklassen, also bei den Jungen und den Älteren, rund dreimal so stark wie die allgemeine Erwerbslosigkeit: Während letztere im Mai im Jahresvergleich um 5,3 Prozent zulegen, lag der Anstieg bei den Jüngeren bei

16,1 Prozent und bei den Älteren bei 17,3 Prozent. In der Krise trennten sich die Unternehmen zuerst von den MitarbeiterInnen, deren Beschäftigungsschutz »relativ gering« sei, heißt es in der DGB-Studie. Und es seien oft die Jüngeren, die einen Leiharbeiter-Job oder einen befristeten Vertrag haben oder hatten – oder sie finden gleich gar keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt. »Junge Menschen brauchen eine Perspektive und dürfen nicht die großen Verlierer der Wirtschaftskrise sein«, sagt DGB-Jugend-Ausbildungsexperte Dirk Neumann. »Sonst wird das Klagen der Wirtschaft über fehlende Fachkräfte schon in Kürze deutlich zunehmen.«

**Vor allem auf gering Qualifizierte** wirkt sich die Krise derzeit aus. So hatten im Mai

2009 fast 27 Prozent aller Arbeitslosen unter 25 Jahren keinen Schulabschluss, fast 55 Prozent aller Hartz IV-BezieherInnen waren ohne Berufsabschluss. »Ungelernte haben ein fünfmal höheres Risiko, arbeitslos zu werden als Arbeitnehmer mit Berufsausbildung«, sagt Neumann: »Wir fordern die Unternehmen dazu auf, alles zu tun, um endlich die Ausbildungslücke zu schließen.«

**Zwischen** geringem Bildungsniveau und Arbeitsmarktrisiko bestehe ein enger Zusammenhang. Die Länder müssten nun konkrete Pläne für die Halbierung der Schulabbrecherzahlen vorlegen und dürften sich nicht mit vagen Absichtserklärungen aus der Affäre ziehen. [5]

Die DGB-Studie im Download: [www.dgb-jugend.de/themen/meldungen/krise-jugend](http://www.dgb-jugend.de/themen/meldungen/krise-jugend)

**In der Krise trennen sich die Unternehmen zuerst von denjenigen, deren Beschäftigungsschutz relativ gering ist.**

## WEG MIT DEM STUDIERENDEN-RABATT!

### Bitte einschränken

Von **Andreas Schackert**

Studierende haben's gut: Jeder normale sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer muss von seinem Brutto 20% direkt an die Sozialversicherung abführen. Von 1.000 Euro Verdienst bleiben nur noch ca. 800 Euro (vor Steuern). Außerdem jammert der Arbeitgeber, er muss in selber Höhe Beiträge berappen – zehn Euro Bruttolohn bedeuten ca. zwölf Euro Kosten (inkl. Sozialversicherung) für ihn.

Wieviel besser haben's da die Studis: Sie müssen nur in die Rentenversicherung zahlen, solange sie höchstens 20 Stunden pro Woche arbeiten gehen. Das heißt, ein Student, der mit gleicher Qualifikation auf derselben Stelle zum selben (Tarif)lohn von zehn Euro brutto arbeitet, kostet den Arbeitgeber nur elf Euro und der Studi bekommt noch dazu selbst netto mehr raus – ein Vorteil für beide!

Super? Eher nicht – weil dem studentischen Arbeitnehmer die soziale Absicherung fehlt: Verliert er seinen Job, hat er keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Vor allem, wenn das Studium endet, finden auch viele studentische Arbeitsverträge ein jähes Ende – der Nicht-mehr-Student ist nun zu teuer und wird ersetzt. Es bleibt Arbeitslosengeld (ALG) II – finanziert übrigens aus den Steuern der ArbeitnehmerInnen.

Wird er krank, gibt's keinen Anspruch auf Krankengeld, wenn nach sechs Wochen die Lohnfortzahlung vom Arbeitgeber wegfällt. Anspruch auf Behandlung hat er freilich, der kranke Student. Dafür zahlt er ja seinen Pauschalbeitrag zur studentischen Krankenversicherung. Im Widerspruch zur solidarischen Finanzierungsidee ist dieser Beitrag aber immer gleich hoch (egal, wieviel der Student tatsächlich verdient), und der Arbeitgeber muss auch nichts dazugeben. Auch diese Regelung geht auf Kosten der normalen ArbeitnehmerInnen, sie wird mit ihren Beiträgen finanziert.

Die Sonderregelungen für Studierende begünstigen also vor allem die Arbeitgeber. Verlierer sind hingegen Studierende – denen soziale Absicherung vorenthalten wird. Und ArbeitnehmerInnen, die die entstehenden Kosten finanzieren müssen.

Dabei ist klar: Wer studiert, muss auch abgesichert sein, da muss die solidarische Sozialversicherung, da muss auch der Steuerzahler einspringen – aber warum gilt das auch, wenn man nebenbei arbeitet?

Es gilt, weil der Gesetzgeber weiß, dass kaum ein Student genug Geld hat, um zu studieren. Das BAföG, das nur jeden vierten Studierenden überhaupt erreicht, Stipendien, die noch viel weniger wirken, und Unterhaltsansprüche der volljährigen Studis gegen ihre Eltern

sind zu wenig, um die Kosten des Studiums – oder gar von Studiengebühren – zu decken. Damit sie überhaupt studieren können, gehen zwei von drei KommilitonInnen arbeiten. Und damit sie immer einen Job finden, werden die Arbeitgeber mit einem Rabatt gelockt. Am Ende findet ein Absolvent keine Stelle, weil es genug »billigere« DiplomandInnen gibt.

Gäbe es diesen Studi-Bonus nicht, wäre es viel schwieriger, das Studium selbst zu finanzieren, und es bräuchte schon eine auskömmliche staatliche Studienfinanzierung, um die derzeitigen Absolventenzahlen zu halten – und den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu befriedigen. Studiengebührenbegeisterte Arbeitgeber könnten dann rar werden.

Weniger jobbende Studis bedeuten aber auch eine Verschiebung am Arbeitsmarkt: weniger Arbeitslose – und letztlich wohl auch höhere Löhne. Gewinner wären dann die ArbeitnehmerInnen.

In ihrem und der Studierenden Interesse gleichermaßen, und damit im Interesse der Gewerkschaften, ist deshalb nicht eine Ausweitung des Studierendenstatus in der Sozialversicherung, sondern seine Einschränkung. [5]

Andreas Schackert ist Berater beim DGB-Jugend-Projekt »Students at work«.



# Planziel: Soziale Gerechtigkeit

**Probleme anpacken statt Jugend abwracken: Die Leit-anträge der 18. DGB-Bundesjugendkonferenz legen den politischen Rahmen der nächsten vier Jahre fest. *Soli aktuell* stellt sie vor.**

**D**ie 18. Bundesjugendkonferenz des DGB, die vom 19. bis 21. November 2009 in Göttingen stattfindet, steht unter dem Motto »Gute Ausbildung, Gute Arbeit und Gutes Leben« – und das umschreibt die Kernthemen der Gewerkschaftsjugend.

Dass sich die DGB-Jugend auf dem Weg ins sechzigste Jahr ihres Bestehens scheinbar Selbstverständliches auf die Fahnen schreiben muss, ist bezeichnend. Jahrzehntelanges Missmanagement und falsche Politik im Ausbildungs- und Bildungssektor haben dazu geführt, dass Jugend nach wie vor eine hochprekäre Angelegenheit ist: Arbeitende Jugendliche sind mehr als andere Menschen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen zu finden, es gibt grundsätzlich nicht genug Ausbildungsplätze, obwohl das Bundesverfassungsgericht schon 1980 vorgege-

ben hat, dass die Betriebe verpflichtet sind, ein auswahlfähiges Angebot zur Verfügung zu stellen. Überstunden und schlechte Bezahlung sind in manchen Ausbildungsbetrieben die Regel. Die Karrierechancen von jungen Leuten aus armen Familien sind stark eingeschränkt – die bessere Gesellschaft bleibt gern unter sich.

**Hier will die DGB-Jugend** mit ihren politischen Schwerpunkten gegensteuern: »Gute Bildung« ist wichtig, denn nur mit ausreichend Fachwissen und relevanten praktischen Erfahrungen haben junge Menschen die Chance, auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft zu bestehen. Die Gewerkschaftsjugend steht für ein Bildungssystem, das alle Menschen gemäß ihrer individuellen Stärken und Potenziale fördert – unabhängig von familiärem Hintergrund oder sozialer Herkunft. Eine Ausbildungsplatzumlage, ein gutes Jugendarbeitsschutzgesetz und faire Bedingungen für Studierende sind gefordert.

»Gute Arbeit«, das bedeutet: Arbeit muss sicher und planbar sein. Selbstverständlich ist dies nicht – denn der Einstieg in das Berufsleben erfolgt immer häufiger

über schlecht bezahlte und unsichere Jobs, unbezahlte Praktika und Leiharbeit. Junge Menschen brauchen aber eine Perspektive. Die Inhaltsstoffe »Guter Arbeit« heißen: Arbeitsverhältnisse mit angemessenem Einkommen, tarifvertragliche Absicherungen, Mitbestimmung in Unternehmen, Übernahme aller Auszubildenden, gleiches Geld für gleiche Arbeit und gute Weiterbildung.

»Gutes Leben«, das steht für das Grundrecht auf Bildung und Ausbildung und die soziale Gestaltung der Erwerbsarbeit. Sie bilden den Mittelpunkt und sind daher von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Die DGB-Jugend macht sich deshalb stark für eine Gesellschaft, die schützt, teilhaben lässt und echte Chancen bietet.

**In Göttingen** werden über 200 Delegierte und Gäste erwartet. Sie werden die Politik der DGB-Jugend für die nächsten vier Jahre festklopfen. Die Konferenz wird von Leitenträgern strukturiert, die sich inhaltlich an den beschriebenen drei Koordinaten orientieren. Sie sind im Vorfeld von Arbeitsgruppen erarbeitet worden und formulieren die Haltung der Gewerkschaftsjugend zu den relevanten Themen. [S](#)

## Der Jugend verpflichtet

**Leitantrag zum »Guten Leben« – einem Kernbegriff der Gewerkschaftsjugend. Wie es aussehen soll, darüber muss debattiert werden.**

**D**er deutsche Staat ist zur sozialen Gerechtigkeit in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung verpflichtet. Dieses so genannte Sozialstaatsprinzip findet sich in gleich mehreren Artikeln des Grundgesetzes. Der Sozialstaat soll einen angemessenen Lebensstandard für alle und den Abbau erheblicher sozialer Unterschiede sichern. Das bedeutet: Armut muss und soll verhindert werden. Dies ist ein ganz wichtiger Grundsatz.

Gleichzeitig jedoch hat Deutschland ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, dessen Auswüchse dazu geführt haben, dass Armut nicht bloß als Mangel etwa an Konsumgütern verstanden wird, sondern zunehmend auch als Makel. Dies ist besonders schlimm, denn Armut verletzt die Menschenwürde, insbesondere dann, wenn Politik, Staat und Verwaltung – obwohl dem Sozialstaatsprinzip verpflichtet – eher die Armen bekämpfen statt der Armut.

Die DGB-Jugend will deutlich machen, dass soziale Sicherheit der Menschen absoluten Vorrang hat. Dies gilt verstärkt für die Frage des Ausbildungsplatzangebots sowie insgesamt für die Notwendigkeit, Beschäftigungschancen auch und gerade für junge Menschen zu sichern.

Zu diesen Fragen rund um den Komplex mit dem Titel »Gutes Leben« will die DGB-Jugend sowohl intern wie auch gesamtgesellschaftlich – mit anderen relevanten Gruppen – einen umfassenden Diskussionsprozess initiieren.

Sie ist in erster Linie den Interessen der Auszubildenden sowie der jungen (angehenden) ArbeitnehmerInnen verpflichtet. Daher ist es das Ziel, gerade für diese Gruppe das Problem der Prekarität zu bekämpfen, Beschäftigungsbrücken zu bauen und Wertschätzung von Arbeit zu fordern.

Deshalb ist ein Grundrecht auf Ausbildung und auf Beschäftigung dringend nötig.

Um auf dieses Ziel hinzuarbeiten, müssen bestehende Kampagnen fortgeführt und die politische Lobbyarbeit intensiviert werden. Denn Arbeit muss gerecht verteilt werden. Die Mittel sind Absenkung des Renteneintrittsalters und Arbeitszeitverkürzungen.

Da die Probleme gerade der jungen Generation mit dem Mangel an zukunftsträchtiger und -sichernder Arbeit nicht nur auf Deutschland beschränkt sind, sollen internationale Begegnungen organisiert werden, um gemeinsame europäische Standards zu entwickeln.

Um die Aufgaben des Staates adäquat finanzieren zu können, ist die Beseitigung von Steuerschlupflöchern, die Reform der Steuerarten und letztlich eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs vonnöten. Allgemein muss Finanzpolitik viel stärker als bisher zum »Steuern« genutzt werden – denn nur starke Haushalte ermöglichen einen Gestaltungsspielraum. [S](#)

# Freiräume schaffen

**Leitantrag zur Bildung: Wie soll gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit aussehen? Die Bundesjugendkonferenz soll die Debatte für die nächsten Jahre anschieben.**

**G**ewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit (GJBA) muss das Ziel haben, Räume zu schaffen, in denen über bestehende Gesellschaftssysteme diskutiert werden kann. Progressive Ideen zur Überwindung und Verbesserung dieser Systeme müssen hier ihren Platz finden. Der Ausbau der öffentlichen Finanzierung von Bildung ist daher eine zentrale Forderung der Gewerkschaftsjugend.

Und wie können solche Räume in Zukunft aussehen, wie sollen sie ausgestaltet werden? Wie soll GJBA praktisch organisiert werden, damit sie möglichst viele erreicht und damit möglichst viele daran teilnehmen können?

Hier sollen Strategien erarbeitet werden – etwa darüber, wie junge Menschen dazu ermuntert werden können, die Seminare zu besuchen. Nur darauf zu warten, dass sie einfach so zur DGB-Jugend kommen, dürfte nicht reichen. Sie müssen im Sinne eines aufsuchenden Ansatzes in ihrem gewohnten Umfeld abgeholt werden: in der Schule, im Betrieb, in der Hochschule.

**Es ist Ziel wie Methode der gewerkschaftlichen Jugendarbeit...**

**Kernstück des Leitantrages** zur GJBA ist, dass die DGB-Jugend am Prinzip der Massen-/Breitenbildung festhält. Sie ist emanzipatorisch und handlungsorientiert – für die Organisation, für die Mitglieder, für soziale Auseinandersetzungen, für gewerkschaftliche Positionen.

GJBA, das ist auch Vorfeld- und Zielgruppenarbeit: Zum einen soll eine Basis geschaffen werden, damit gewerkschaftliche Ziele und Werte von Jugendlichen erkannt und eingeschätzt werden können.

Zum anderen sollen auch die Gewerkschaften als Organisationen bekannt gemacht werden, um die Jugendlichen für einen Beitritt beim Berufseinstieg zu motivieren und zu sensibilisieren.

**GJBA bedeutet** politische Bildung. Ihr Ziel ist die Qualifizierung der MultiplikatorInnen der Vorfeld- und Zielgruppenarbeit (Hochschulberatung, Projektstage, Hofteams etc.).

Sie ist aber mehr als das Angebot von Schulungen. GJBA nimmt auch viele andere Formen an, beispielsweise an Informationsständen oder bei Aktionen auf Schulhöfen und an Hochschulen oder in der Unterstützung von gewählten Interessenvertretungen in den jeweiligen Stellen.

**...Freiräume zu schaffen. Und darüber soll die Debatte geführt werden.**

**Zur Bildungsarbeit** gehört auch der internationale Austausch. Sie soll die Sensibilisierung bzw. Aufklärungsarbeit zu europäischen, internationalen und entwicklungspolitischen Themen leisten. Sie muss qualifizieren (z.B. Sprachqualifizierung, interkulturelle Kompetenz), um Barrieren abzubauen und die aktive Beteiligung an Sozialforen und anderen internationalen Konferenzen ermöglichen. Ganz besonders ist hier auch der Israelaustausch der Gewerkschaftsjugend zu nennen.

Um die Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen der DGB-Jugend und den Mitgliedsgewerkschaften sinnvoll aufteilen zu können, muss herausgefunden werden, welche inhaltlichen Anforderungen nötig sind. Dazu sollen für die verschiedenen Perso-


nengruppen Aktivengruppenprofile erstellt werden.

Diese Profile werden in Abstimmung mit den Mitgliedsgewerkschaften entwickelt – im besten Falle von den jeweiligen Aktivengruppen selbst.

Konkret sollen sie erstellt werden für:

- Teamende in der Bildungsarbeit allgemein
- Aktive/Teamende in der Berufsschularbeit (Hofteams, Projektstage, Kurzmodule etc.), in der Studierendenarbeit und bei Schulkonferenzen
- FunktionärInnen der Gewerkschaftsjugend
- VertreterInnen der deutschen Gewerkschaften in internationalen Zusammenhängen.

**Unabhängig** von der jeweiligen speziellen Teamendentätigkeit sollen Seminare nur mit einer entsprechenden Grundqualifizierung durchgeführt werden dürfen. Zudem bedarf es bei allen Seminaren einer sensiblen pädagogischen Wahrnehmung jeglicher Diskriminierungsformen (u.a. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Diskriminierung in Bezug auf Körperlichkeit, soziale Herkunft, Religion, Alter, sexuelle Orientierung etc.). Auch hier soll es unbedingt entsprechende Qualifizierungsangebote geben.

All dies setzt voraus: Die GJBA von DGB-Jugend und Mitgliedsgewerkschaften sollen miteinander und nicht nebeneinander stattfinden. Der Bereich Jugend beim DGB-Bundesvorstand wird daher mindestens einmal pro Jahr eine Bildungskonferenz oder eine Fachtagung mit den Zuständigen der Mitgliedsgewerkschaften veranstalten. 



Bitte laut und deutlich: die GJBA-Debatte (Die Illustrationen hier und auf den nächsten Seiten stammen aus der DGB-Jugend-Aktionsbox zur Bundestagswahl)

Foto: photocase.com

# Qualitativ wertvoll

**1,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, wie sie der Leitantrag zur »Gute Ausbildung« als ein Grundrecht definiert. Und sie sollte auch endlich so behandelt werden. Denn nur mit ausreichendem Fachwissen und relevanten Erfahrungen kann man auf dem Arbeitsmarkt bestehen.**

## Ausbildung

Nationale und internationale Vergleichsstudien stellen dem deutschen Bildungswesen ein miserables Zeugnis aus: Die Zahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss ist erschreckend hoch. 1,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. HauptschülerInnen haben nach wie vor kaum Chancen, direkt einen Platz in Ausbildung und Beruf zu ergattern. Nur 24 Prozent der Unternehmen in Deutschland bilden überhaupt noch aus.

Die Gewerkschaftsjugend setzt sich für viele Modifikationen dieses Systems ein – und das individuell einklagbare Grundrecht auf Ausbildung gehört zu den wichtigsten Forderungen.

Denn Bildung ist in Deutschland eine Klassenfrage. Besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund sind die Verlierer dieses Bildungswesens: Sie verlassen die Schule doppelt so häufig wie ihre MitschülerInnen ohne Abschluss. Und umgekehrt? Von 100 Akademikerkindern erreichen 83 den Hochschulzugang, dagegen nur 23 von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition.

Hier müssen Angebote zur Orientierung auf die Lebens- und Arbeitswelt flächendeckend ausgebaut werden. Die Gewerkschaftsjugend schlägt zunächst eine Analyse von Potenzialen und Defiziten der Jugendlichen als Voraussetzung für eine weitere individuelle Förderung vor. Diese Förderung soll ausbildungsbegleitend im Betrieb erfolgen und verlängert die reguläre Ausbildungszeit. Alle berufsvorbereitenden Maßnahmen des momentan bestehenden Übergangssystems würden damit wegfallen.

Die Gewerkschaftsjugend setzt sich dafür ein, das duale Ausbildungssystem zu sichern und kontinuierlich zu entwickeln. Der

Qualität der beruflichen Erstausbildung kommt in einer Zeit des immer schneller werdenden Wandels in allen Branchen eine bedeutende Rolle zu. Sie ermöglicht Zukunftschancen und Teilhabe junger Menschen und sichert den Fachkräftenachwuchs für die Unternehmen.

Qualifizierte Ausbildung zeichnet sich vor allem durch kompetentes Personal, breit und umfassend angelegte Ausbildungsinhalte und die Einhaltung der Ausbildungsrahmenpläne aus. Bei der Neuordnung oder der Entwicklung von neuen Ausbildungsberufen müssen die Kernelemente der Beruflichkeit berücksichtigt werden: Die Gewerkschaftsjugend fordert eine Ausbildung mit einer regulären Dauer von mindestens drei Jahren und lehnt teilqualifizierende Modulausbildungen ab.

Nicht zu vergessen: der Arbeits- und Gesundheitsschutz. Das Jugendarbeitsschutzgesetz muss auf alle Auszubildenden im Sinne eines Ausbildungsschutzgesetzes ausgeweitet werden.

## **Berufliche Erstausbildung – sie ermöglicht Zukunftschancen und Teilhabe...**

gänzung zum dualen Berufsbildungssystem einerseits und zur wissenschaftlichen Ausbildung an Fachhochschulen und Universitäten andererseits. Es gilt, dieses System weiterzuentwickeln und bundesweit einzuführen. Die Ausweitung der Studiengänge darf allerdings nicht zu Lasten der »normalen« betrieblichen Berufsausbildung gehen. Das System muss so weit ausgebaut werden, dass die Studiengänge für Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung ohne weitere Zwischenschritte geöffnet werden. Dies würde die zusätzliche Qualifizierung an Berufsakademien und Hochschulen voraussetzen, die es zulassen, nach erfolgter praktischer Prüfung bei den Kammern nur noch die theoretischen Bestandteile zu absolvieren.

## **Praktikum als Lernverhältnis**

Praktika erleichtern die Berufswahl und vermitteln Kompetenzen, die man sich in Schule und Studium nicht aneignen kann. Sie sind Teil einer vielseitigen Ausbildung und müssen klar als Lernverhältnis definiert werden. Praktika nach einer abgeschlossenen Ausbildung lehnt die Gewerkschaftsjugend ab. Es braucht gesetzliche Regeln, die

den Ausbildungscharakter des Praktikums betonen und definieren.

Die Gewerkschaftsjugend fordert die zeitliche Begrenzung der Praktika auf drei Monate. Ausnahmen sind im Rahmen schulischer oder wissenschaftlicher Ausbildungen sowie bei staatlichen Programmen möglich. Weiterhin ist eine angemessene Vergütung von mindestens 300 Euro pro Monat zu zahlen und ein Praktikumsvertrag zu schließen, der Ausbildungsinhalte und -ziele festlegt und Betreuungspersonen benennt.

## **Durchlässigkeit stärken**

Im europäischen Vergleich ist die duale Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal. Die Gewerkschaftsjugend setzt sich im Rahmen der Umsetzung eines vergleichenden europäischen Qualifikationsrahmens für die Wertsicherung des deutschen Ausbildungssystems in Europa ein. Eine Unterbewertung ist zu verhindern.

Mit dem Ziel, einen durchlässigen europäischen Bildungsraum zu realisieren, ist es für die Gewerkschaftsjugend unbedingt erforderlich, die Kompetenz des Einzelnen zum Maßstab der Einstufung in den Europäischen Qualifikationsrahmen zu machen.

## **...junger Menschen und sichert den Fachkräftenachwuchs für die Unternehmen.**

Eine abgeschlossene dreijährige Ausbildung in allen Berufsfeldern muss den Zugang zu einem Hochschulstudium ermöglichen. Die Kompetenzen, die in der Ausbildung erlernt werden, müssen dabei angerechnet werden können. Dafür müssen die maßgebenden Stellen und Universitäten gewonnen werden, ihre Curricula auf die Kompetenzen und Erfordernisse dieser AbsolventInnen auszurichten und Anpassungen anzubieten.

## **Hochschule**

Die Gewerkschaftsjugend fordert eine Harmonisierung der Hochschulausbildung, d.h.: Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit der Studiengänge und Abschlüsse zwischen den Bundesländern. Ein problemloser Wechsel ohne Studienzeitverlust muss möglich sein. Kosten und Gebühren für Bildung verhindern bisher gleiche Chancen. Bildung muss kostenlos zu sein.

Für die Gewerkschaftsjugend ist Bildung keine Ware, sondern Menschenrecht: Sie ist nicht nur dazu da, wirtschaftlich verwertbare Kompetenzen zu erlangen, sie soll auch kritisches Denken voranbringen. [5]

# Ausgewogen, bitte

**Die Gewerkschaftsjugend definiert in ihrem Leitansatz »Gute Arbeit« – und alles, was dafür notwendig ist.**

**F**aires Einkommen, berufliche Sicherheit, umfassender Schutz der Gesundheit, respektvoller und wertschätzender Umgang – das sind Kernbestandteile dessen, was GewerkschafterInnen als »Gute Arbeit« bezeichnen. Sie umschreibt ein ausgeglichenes Verhältnis von Arbeit und Leben und die Planung der eigenen Zukunft.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat sehr starke Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt – und junge Menschen sind besonders an den »Übergängen« von Erwerbslosigkeit bedroht: zwischen Schule und Ausbildung, zwischen Ausbildung und Arbeit oder bei Arbeitsplatzwechseln.

Über eine halbe Million Jugendliche befinden sich im Übergangssystem auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz, rund 50 Prozent der Auszubildenden werden nicht übernommen. Und nicht einmal ein Drittel derjenigen jungen Menschen, die ein Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen haben, finden direkt im Anschluss eine unbefristete Vollzeitstelle.

Da junge Menschen häufig noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld (ALG) I haben, droht im Fall von Erwerbslosigkeit direkt ALG II. Und dies bedeutet ein enormes Erpressungspotenzial: Junge Menschen, die ALG II beziehen, werden meist in prekäre Jobs gedrängt. Und wenn sie diese Jobs nicht annehmen, werden ihnen schwere Sanktionen auferlegt. Damit wird Angst bei den Betroffenen geschürt und der Dumpingwettbewerb um Entlohnung und Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt immer weiter verschärft.

**Die Entwicklung in den letzten Jahren** hat gezeigt, dass die Anforderungen an die ArbeitnehmerInnen in Bezug auf ihr Können und ihr Fachwissen immer höher werden. Auch darum wird Qualifizierung immer wichtiger.

Die Individualisierung von Problemen wird dieser Situation allerdings nicht gerecht – und auch nicht das von der EU propagierte Konzept der »Beschäftigungsfähigkeit«, nach dem jeder Arbeitnehmer für die eigene Qualifizierung persönlich Sorge zu tragen hat.



»Gut« und »Arbeit«: Nicht einfach, die Balance zu finden

Foto: photocase.com

Im Klartext: Alle jungen Menschen brauchen eine Garantie für gute Bildung, Aus- und Weiterbildung – die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben –, und zwar dringend.

Daher fordert die Gewerkschaftsjugend eine existenzsichernde und faire Bezahlung für alle ArbeitnehmerInnen und das Ende jeglicher Diskriminierung bei der Bezahlung, sei es aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Gesundheitszustand, Religion oder sexueller Orientierung sowie die gleiche Bezahlung von ArbeitnehmerInnen in West- und Ostdeutschland.

**»Gute Arbeit« ermöglicht ein ausgeglichenes Verhältnis...**

**Ganz oben im Forderungskatalog** steht die

Abschaffung prekärer Beschäftigung: befristete Verträge, Scheinselbstständigkeit und Scheinpraktika. Außerdem fordert sie ein Ende der Versklavung ausländischer ArbeitnehmerInnen, die ohne Papiere und damit ohne rechtliche Absicherung in Deutschland arbeiten. Illegalisierte sollten stattdessen einen rechtlich gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen, der ihnen menschenwürdiges Leben und Arbeiten in Deutschland ermöglicht.

Hierzu müssen internationale Absprachen diskutiert werden – etwa, inwiefern sich zum Beispiel die EU-Entsenderichtlinie nach dem Prinzip gleicher Arbeits- und Lohnbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort überarbeiten lässt. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für alle muss dabei ein wichtiges Ziel sein. Denn die Beschäftigung außerhalb der Sozialversicherungssysteme darf nicht weiter subven-

tioniert und die Sozialkassen dürfen nicht weiter geschöpft werden.

Die derzeitige Wirkung der Kurzarbeitsregelungen während der Krise zeigen, dass Arbeitszeitverkürzungen zur Rettung von Jobs beitragen können. Aber bedeutet dies nicht, dass Arbeitszeitverkürzungen auch neue Jobs schaffen können? Die Gewerkschaftsjugend plädiert für eine individuelle Gestaltung von Arbeits- und Freizeit und eine Reduzierung der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Gleichzeitig müssen aber Überstunden abgebaut werden – zu einer unzumutbaren Arbeitsverdichtung darf es erst gar nicht kommen.

Qualifizierung ist in einer wissensbasierten Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Fachwissen auf dem aktuellen Stand halten, den eigenen Horizont für andere Themen erweitern, eine berufliche Weiter-

entwicklung oder Umorientierung ermöglichen: Die Gewerkschaftsjugend will gute Qualifizierungen und die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen.

**Die Gewerkschaftsjugend** möchte die Standards für »Gute Arbeit« auch weltweit einfordern. Die Arbeitsbedingungen müssen sich am Individuum mit seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten orientieren.

Um dies durchzusetzen, ist Zusammenarbeit nötig: in der betrieblichen Interessenvertretung, den Jugendvertretungen, in den Verwaltungen auf europäischer und internationaler Ebene wie in den europäischen und internationalen Branchengewerkschaftsbünden. Und im Bündnis mit sozialen Bewegungen und Erwerbsloseninitiativen.

# Betrieb ist überall

**Leitantrag zur Mitbestimmung und Tarifpolitik: Die Gewerkschaftsjugend wird internationaler denken müssen.**

**M**itbestimmung soll die Demokratisierung der Wirtschaft bewirken – sie soll eine einseitige Macht der Arbeitgeber einschränken. Was aber heißt das für die Jugend?

Immer mehr junge Menschen werden in außer- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten oder im Rahmen der Verbundausbildung ausgebildet. Allein in den neuen Bundesländern sind fast ein Drittel aller Ausbildungsplätze außerbetrieblich. Die DGB-Jugend fordert hier gleiche Rechte für alle – Azubis in außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen müssen als ArbeitnehmerInnen im Sinne des § 5 Betriebsverfassungsgesetz anerkannt werden. Damit wird ihnen die Möglichkeit der Wahlberechtigung und Wählbarkeit zugestanden – und die Mitbestimmung von Azubis gewährleistet.

**Auch die Arbeit** der traditionellen Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) unterliegt vielen Veränderungen: Leiharbeit nimmt rasant zu, die Ausbildung wird ausgegliedert, Übernahmen gibt es nur noch befristet.

Die Gewerkschaftsjugend fordert daher die Freistellung der JAVen für die gewerk-

schaftliche Gremienarbeit und die Anrechenbarkeit dieser Tätigkeit als Arbeitszeit. Dafür muss das Betriebsverfassungsgesetz wie auch das Bundespersonalgesetz novelliert werden – damit alle Azubis bis zum 26. Lebensjahr wählbar sind.

Weitere Novellierungen sollen Dual- und Werkstudierende sowie LeiharbeiterInnen betreffen – immer mit dem Ziel, sie als ArbeitnehmerInnen gleichzustellen. Dafür fordert die Gewerkschaftsjugend ein

**Die Gewerkschaftsjugend fordert die tarifvertragliche Regelung der Ausbildungsqualität...**

bundesweit einheitliches Personalvertretungsgesetz. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang auch eine einheitliche Ausbildungsquote.

Die Gewerkschaftsjugend will auch die tarifvertragliche Regelung der Qualität der Berufsausbildung innerhalb der Branchen und Tarifbereiche durchsetzen. Sie will den Flächentarifvertrag für alle Branchen und die Gleichbehandlung der Azubis ausbauen. Da die Tarifautonomie gesetzlich geregelt ist, kann die Politik darauf Einfluss nehmen, und dafür soll verstärkt Lobbyarbeit betrieben werden.

Ganz wichtig: Die Gewerkschaftsjugend fordert die Änderung des § 9 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – die Tarifverträge in der Leiharbeiterbranche dürfen nicht schlechter sein, als es das Gesetz andersorts vorsieht.

**Alle Tarifverträge** sollen diskriminierungsfrei abgeschlossen werden. Die Gewerkschaftsjugend wird hier die entsprechende Kampagne des DGB auf ihre Zielgruppe hin anpassen.

Darüber hinaus sollen alle Angestellten des öffentlichen Dienstes (ÖD) in den Geltungsbereich der ÖD-Tarifverträge aufgenommen werden – dies betrifft u.a. studentische Beschäftigte, wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte sowie die Lehrbeauftragten an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Initiiert werden soll eine Koordinierung der bundesweiten Tarifvertragsinitiativen der studentischen Beschäftigten. Hier wird es darauf ankommen, wie dieses Thema in der

Öffentlichkeitsarbeit vermittelt wird.

**...innerhalb der Branchen und Tarifbereiche – und den Erhalt des Flächentarifvertrags.**

**Auch innergewerkschaftlich** will die DGB-

Jugend Maßstäbe setzen und diskutieren, wie gemeinsame und nicht konkurrierende Laufzeiten für Tarifverträge innerhalb der Branchen zu erzielen sind – eine bessere Absprache der Branchengewerkschaften zur Vernetzung und Transparenz ist in jedem Fall nötig.

Das ist auch der Punkt, wo die Politik den nationalen Rahmen verlässt. Denn die Arbeit ist längst schon europa-, wenn nicht weltweit organisiert, Arbeitnehmerabsprachen hinken da oft hinterher. Den Gewerkschaftsjugendlichen ist es daher besonders wichtig, dass eine Unterbietungskonkurrenz per Lohndumping und Arbeitszeitausweitung unterbunden wird und internationale Tarifstandards entwickelt werden. Das Gremium, in dem dies geschehen soll, ist der Internationale Gewerkschaftsbund IGB.

Die JAVen, die es auf EU-Betriebsebene gibt, können jetzt schon an der Schaffung internationaler Standards sowie der Koordinierung der verschiedenen grenzüberschreitenden Ausbildungsstätten und der internationalen Mitbestimmung mitwirken.

**Perspektivisch** möchte die Gewerkschaftsjugend die Gestaltung dieser Prozesse auch in ihre Gremien holen. Dafür will sie die beteiligten Mitgliedsgewerkschaften an einen Tisch bekommen, bereits bestehende Regelungen auswerten und gemeinsame Ziele setzen.

Die Ausrichtung der Mitbestimmungspolitik und Tarifgestaltung steht fest: Die Arbeit der DGB-Jugend wird internationaler werden. 5



»Trörö! Alle Gewerkschaften an einen Tisch!«

Foto: photocase.com

# Abnehmender Rohstoff

**Wissensbasis: Die EU-Kommission hat ihren ersten Jugendbericht veröffentlicht.**

**D**ie Europäische Kommission hat ihren ersten Jugendbericht veröffentlicht: Er beinhaltet Daten, Statistiken und Kurzanalysen zur Lage junger Menschen in den Mitgliedstaaten sowie eine Betrachtung zu deren Gemeinsamkeiten und Unterschieden.

Die erstaunlichste Erkenntnis des Reports: Jugend wird immer mehr zur Mangelware: In der EU leben derzeit 96 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren, das sind zwar knapp 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bis 2050 aber wird ihr Anteil voraussichtlich auf 15,3 Prozent gesunken sein, schätzen ExpertInnen.

Dafür gibt es derzeit aber drei Millionen Studierende mehr als im Jahr 2000 und eine Million mehr Abschlüsse in jedem Jahr. Die Zahl ist zwischen 1998 und 2006 um 25 Prozent gestiegen. Es gibt 23 Prozent mehr junge Frauen als Männer in weiterführenden Bildungsgängen.

**Kein Grund zum Jubeln** ist hingegen, dass ein Fünftel der Kinder nicht den Grundstandard im Bereich Lese- und Rechenkompetenzen erreicht. Sechs Millionen junge

Menschen – das ist einer von sieben zwischen 18 und 24 Jahren – beenden die Bildungslaufbahn nur mit der Grundbildung im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht oder sogar weniger.

Auf europäischer Ebene hat der Anteil derjenigen, die vorzeitig die Schule verlassen – in Deutschland ist das vor dem Hauptschulabschluss – zwischen 2000 und 2007 kontinuierlich abgenommen, beträgt aber immerhin noch 14,8 Prozent. Mehr als ein Drittel der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren befinden sich weder in einer Ausbildung noch in einer Weiterbildung oder Umschulung.

**Jung zu sein**, das ist ein Lebensrisiko: 19 Millionen Kinder bis 17 Jahre und 20 Prozent zwischen 18 und 24 Jahren leben in Armut oder mit der Bedrohung, arm zu werden. 18 Prozent der 18- bis 24-Jährigen verdienen weniger als die Hälfte des Durchschnitts jenes Landes, in dem sie leben.

Das schlägt auf die Gesundheit durch: Ungefähr zwei Millionen junge Leute haben psychische Probleme, 17 Prozent zwischen 15 und 24 Jahren haben Übergewicht, neun Prozent Untergewicht. Und 24 Prozent rauchen täglich.

Der Bericht soll laut Beschluss des Europäischen Rates aus dem Jahr 2008 alle

drei Jahre von der Kommission veröffentlicht werden, »um zu einer besseren Wissensbasis im Jugendbereich beizutragen«, wie es heißt.

**Eine schöne Zahl gibt's aber:** Immerhin vier Prozent der jungen Menschen sagen, dass sie schon einmal bei Aktivitäten politischer Parteien oder Gewerkschaften mitgemacht haben. [S](#)

Der Bericht in Englisch: [http://ec.europa.eu/youth/news/doc/new\\_strategy/youth\\_report\\_final.pdf](http://ec.europa.eu/youth/news/doc/new_strategy/youth_report_final.pdf)

## EU-STUDIEN

### Jugend im Labor

Neben dem ersten EU-Jugendbericht ist auch die Broschüre »European Research on Youth« erschienen. Dieser Report fasst die Ergebnisse von verschiedenen Forschungsprogrammen der EU aus den Jahren 1996 bis heute zusammen. Mit Bezug auf die Schwerpunkte des Weißbuchs Jugend, dem Europäischen Pakt für die Jugend und der ersten Empfehlung des Europäischen Rates zur Jugendpolitik über die Mobilität junger Freiwilliger innerhalb der EU werden hier Forschungsberichte auf Gemeinsamkeiten und Erkenntnisse hin untersucht. [S](#)

[http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/policy-review-youth\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/policy-review-youth_en.pdf)

# Eine gefährliche Aufgabe

**Mord, Schikane, Gefängnis: GewerkschafterInnen hatten 2008 einen schweren Stand.**

**D**as Jahr 2008 war ein weiteres schwieriges und oft gefährliches Jahr für GewerkschafterInnen in aller Welt, wie die kürzlich veröffentlichte Statistik des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten ausweist.

Verstöße gegen die grundlegenden Arbeitnehmerrechte gab es in 143 Ländern. Weltweit wurden 76 Gewerkschaftsmitglieder getötet, viele andere wurden tödlich angegriffen oder von den Behörden schikaniert, eingeschüchtert bzw. verhaftet.

Obwohl die Zahl der weltweiten Morde an Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist, als es 91 waren, verloren 2008 allein in Kolumbien, dem seit langem gefährlichsten Land der Welt für GewerkschafterInnen, 49 ihr Leben

– zehn mehr als 2008, obwohl die Regierung von Präsident Álvaro Uribe eine Verbesserung der Situation zugesichert hatte.

In Guatemala, wo es in den letzten Jahren vermehrt zu gewalttätigen Angriffen auf GewerkschaftsvertreterInnen und -mitglieder gekommen ist, wurden neun GewerkschafterInnen ermordet.

In insgesamt 68 Ländern, darunter 20 allein in Afrika, wurden etwa 7.500 Fälle verzeichnet, in denen gewerkschaftlich aktive Beschäftigte entlassen wurden. Diese Fälle sind jedoch lediglich die Spitze des Eisbergs, da zahlreiche weitere Entlassungen nicht gemeldet werden. Am schlechtesten schnitt in dieser Hinsicht die Türkei ab, wo mehr als 2.000 gewerkschaftsbedingte Kündigungen verzeichnet wurden und sich die Regierung gegenüber Ge-

werkschaftsaktivitäten generell intolerant zeigte. Indonesien stand mit 600 gewerkschaftsbedingten Entlassungen an zweiter Stelle. Und in Malawi, Pakistan, Tansania und Argentinien wurden ebenfalls Hunderte GewerkschafterInnen entlassen.

IGB-Generalsekretär Guy Rider sieht die Zahlen im Zusammenhang mit der fortschreitenden Globalisierung der Weltwirtschaft. In Verbindung mit der Finanz- und Wirtschaftskrise setze sie Arbeitsmärkte, Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechte überall erheblich unter Druck: »Den Beschäftigten wird immer wieder mit Betriebsverlagerung, Outsourcing und Rationalisierung gedroht, was sich unweigerlich negativ auf die wirksame Wahrnehmung ihrer Gewerkschaftsrechte auswirkt.« [S](#)

[www.etic.org](http://www.etic.org)

# Einfach schweigen

**Den Mitarbeiter zum Aufhebungsvertrag zu überreden, um eine Kündigung zu umgehen, ist ein beliebtes Krisenmittelchen der Arbeitgeber. Das BAG schiebt dem nun einen Riegel vor.**

**D**er Abschluss eines Aufhebungsvertrages ist für Arbeitgeber in der derzeitigen Krise ein beliebtes Mittel, um durch Personalabbau Betriebskosten zu reduzieren. Dabei ist es für den Arbeitgeber auch von Vorteil, dass beim Abschluss eines Aufhebungsvertrages der Betriebsrat außen vor ist, da er lediglich – im Nachhinein – über den Abschluss des Aufhebungsvertrages informiert werden muss. Die Mitbestimmung des Betriebsrats besteht nur bei Kündigungen (§ 102 Betriebsverfassungsgesetz, BetrVG).

Aufhebungsverträge – die durchaus auch bei Auszubildenden vorkommen – haben in den meisten Fällen den Nachteil, dass die Agentur für Arbeit eine Sperrzeit für den Bezug des Arbeitslosengeldes ausspricht. Häufig kommen solche Aufhebungsverträge sowieso nicht freiwillig zustande – in vielen Bereichen der Wirtschaft üben die Arbeitgeber massiv Druck aus, damit die Beschäftigten oder Azubis der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses zustimmen.

Nicht zuletzt werden diesbezüglich entsprechende »Personalgespräche« geführt – in denen die ArbeitnehmerInnen häufig von den Personalleuten regelrecht überrannt und mit drastischen Aussagen konfrontiert werden (»Sie sind gerade von zig Zeugen dabei beobachtet worden, wie Sie einen Schokoriegel aus der Produktion entwendet und verzehrt haben!«).

Na prima. Anschließend wird der geschockte Arbeitnehmer dann mit einer fristlosen Kündigung bedroht. Allerdings zeigen sich die Personalleute dann scheinbar gnädig: Der Abschluss eines – längst vorbereiteten – Aufhebungsvertrages wäre auch okay, sagen sie.

**Derartige Methoden** sind leider kein Einzelfall. Natürlich können die Betroffenen den Aufhebungsvertrag beim Arbeitsgericht wegen Nötigung anfechten. Da haben sie allerdings oft das Problem, dass sie keinen Zeugen dafür haben, dass sie bedroht wurden.

Zum Glück hilft der Gesetzgeber weiter: Grundsätzlich ist jeder Arbeitnehmer berechtigt, bei Personalgesprächen ein Betriebsratsmitglied seines Vertrauens hinzuzuziehen. Rechtsgrundlage ist der § 82 Absatz 2 Satz 2 BetrVG. Von diesem Recht sollte auch jeder Arbeitnehmer von vornherein Gebrauch machen. Umgekehrt gehört es zu den Pflichten eines jeden Betriebsratsmitglieds, auf Anfrage einem entsprechenden Gespräch beizuwohnen.

Mitgliedern der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) steht ein derartiges Recht – zum Beispiel an mit Azubis geführten Personalgesprächen – leider nicht zu. Es sei denn, es gibt eine passende Betriebsvereinbarung. Auch kann die Arbeitgeberseite die Teilnahme eines JAV-Mitglieds dulden.

Achtung: Laut Bundesarbeitsgericht (BAG) hat ein Arbeitnehmer nicht generell den Anspruch, ein Betriebsratsmitglied hinzuzuziehen. Vielmehr kommt es auf die Umstände des Einzelfalls an. Aus der gesetzlichen Vorgabe ergibt sich dieses Recht aber bei Erläuterung der Berechnung und Zusammensetzung des Arbeitsentgeltes, bei der Beurteilung der Leistung und bei der Erörterung der innerbetrieblichen beruflichen Entwicklung.

**Üblicherweise** werden bei einem Gespräch über den Aufhebungsvertrag auch die Leistungsbeurteilung und vielleicht vorhandene Möglichkeiten einer innerbetrieblichen beruflichen Entwicklung eine Rolle spielen, so dass sich in derartigen Fällen immer begründen lässt, ein Betriebsratsmitglied hinzuzuziehen.

Verweigert die Arbeitgeberseite das Teilnahmerecht eines Betriebsratsmitglieds, obwohl ein Rechtsanspruch auf Teilnahme besteht, liegt eine grobe Pflichtverletzung im Sinne des § 23 Absatz 3 BetrVG vor. Vor dem Arbeitsgericht kann der Betriebsrat diesen Anspruch durchsetzen. Bei weiterer Verweigerung droht dem Arbeitgeber die Zahlung eines Zwangsgeldes. Ist die Rechtslage unklar, kann der Betriebsrat natürlich auch gerichtlich klären lassen, ob in dem konkreten Fall ein Anspruch auf Hinzuziehung eines Betriebsratsmitglieds besteht.

Wichtig: Betriebsrat wie auch JAV sollten am Schwarzen Brett und per Intranet sämtliche Beschäftigte auf dieses Anwesenheitsrecht eines Betriebsratsmitglieds bei Personalgesprächen hinweisen.

Darüber hinaus sollte der Hinweis auch folgende Empfehlungen enthalten:

- Vor dem Gespräch die genauen Gesprächsinhalte und die Teilnehmer auf der Arbeitgeberseite erfragen
- Keine Zusagen machen und nichts unterschreiben
- Wurde der Betriebsrat »vergessen«, kann der Arbeitnehmer das Gespräch unterbrechen.



Der JAV-Ratgeber.  
Mit Rechtsanwalt Wolf-  
Dieter Rudolph, Berlin

**Was aber passiert**, wenn sich der Arbeitnehmer in unheilvoller Erwartung einem derartigen Personalgespräch einfach verweigert und die Teilnahme absagt?

Auch dazu gibt es eine BAG-Entscheidung vom 23. Juni 2009 (Az.: 2 AZR 606/08): Danach beinhaltet das Weisungsrecht des Arbeitgebers gar nicht die Befugnis, den Arbeitnehmer zur Teilnahme an einem Personalgespräch zu verpflichten.

In dem vom BAG entschiedenen Fall sollte eine Klägerin an einem Personalgespräch teilnehmen, in dem es ausschließlich um eine bereits von ihr abgelehnte Vertragsänderung gehen sollte. Nachdem die Klägerin ein derartiges Gespräch verweigerte, erhielt sie eine Abmahnung.

Unzulässig! entschieden die BAG-RichterInnen: Nach § 106 der Gewerbeordnung können zwar Inhalt, Ort und Zeit der Arbeitsleistung näher bestimmt werden, sofern diese Arbeitsbedingungen nicht bereits durch Arbeitsvertrag, Betriebsvereinbarung, Tarifvertrag oder Gesetz festgelegt wurden. Darüber hinaus ist der Arbeitgeber auch berechtigt, Weisungen zur Ordnung und dem Verhalten des Arbeitnehmers im Betrieb zu geben.

In dem Fall sollte es aber im Gespräch definitiv nicht um Fragen der Konkretisierung der Arbeitspflichten gehen, sondern um die Abänderung eines Arbeitsvertrages. Dieser Gesprächsinhalt ist jedoch vom § 106 Gewerbeordnung nicht abgedeckt. Die Verweigerung einer Gesprächsteilnahme kann deshalb – zumindest juristisch – in derartigen Konstellationen keinerlei Folgen haben.

**Der Arbeitnehmer denkt sich nichts Böses und wird mit drastischen Aussagen konfrontiert.**

**»Sie sind gerade von zig Zeugen dabei beobachtet worden, wie Sie einen Schokoriegel verzehrt haben!«**

# »Kapitalismus bedeutet Crash«

Am 5. September 2009 ruft die IG Metall-Jugend zur Großkundgebung nach Frankfurt/M. **Bernhard Dobbert** erklärt, worum es geht.

**Die IG Metall ruft zur großen Demonstration auf. Warum braucht man schon wieder einen Aktionstag?**

Die IG Metall hat im Rahmen der Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben« eine große Befragungsaktion unter den Beschäftigten in den Betrieben gemacht. Dabei wurden Hunderttausende von Gesprächen geführt – 450.000 Menschen haben uns den ausgefüllten Fragebogen mit ihren individuellen Anmerkungen zurückgeschickt. Damit wissen wir deutlich mehr von den Menschen

**»Keine Übernahme, das bedeutet: endlose Befristungen, Hangeln von Job zu Job, unsichere Perspektiven.«**

dort als alle anderen. Ausgehend von den Ergebnissen der Befragung stellen wir am 5. September 2009 konkrete Forderungen an Politik und Wirtschaft.

**Warum hat die IG Metall-Jugend ihr eigenes Treffen?**

Die Veranstaltung am 5. September ist zweigeteilt: Der Auftakt findet auf dem Opernplatz statt, die Hauptkundgebung in der Arena. Die Auftaktveranstaltung beleuchtet in besonderer Weise die Belange der Jugend durch unsere Kampagne »Operation

Übernahme«. Die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung sind aber auch in der Arena mit dabei.

**Warum steht die »Operation« im Mittelpunkt?**

Ihren Namen hat unsere Kampagne von der Übernahme nach der Ausbildung, für die wir in allen Betrieben kämpfen. Darüber hinaus thematisieren wir aber auch prekäre Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen. Denn was passiert, wenn sie nach der Ausbildung nicht übernommen werden? Keine Übernahme, das bedeutet: endlose Befristungen, Hangeln von Job zu Job, unsichere Perspektiven. Das sind die größten Probleme junger Menschen.



## METALL ZUM LEBEN

### Großkundgebung

Die Kundgebung der IG Metall am 5. September 2009 wird ab 13 Uhr in der Commerzbank-Arena in Frankfurt/M. stattfinden. Mit dabei: die Vorstände Berthold Huber und Detlef Wetzel. Durch das Programm wird der Kabarettist Wilfried Schmickler führen, die Musik kommt von der Microphone Mafia. Die zentrale Jugendkundgebung mit dem Titel »Operation Übernahme« findet von 10 bis 11 Uhr an der Alten Oper statt. ☐

[www.operation-uebernahme.de](http://www.operation-uebernahme.de)

**Wie schätzt die IG Metall-Jugend die aktuelle Krise ein?**

Sie ist hausgemacht. Die Gewerkschaften haben seit Jahren davor gewarnt, dass dieser Kapitalismus in die Krise führt und führen muss. Unbegrenzter Turbokapitalismus kann in einer Welt mit endlichen Ressourcen nur zum Crash führen. Deswegen sagen wir: »Die Krise gehört euch, die Zukunft gehört uns, dieser Kapitalismus gehört weg.«

**Wie lautet die Hauptforderung zur Bundestagswahl?**

Macht endlich Politik für die Mehrheit der Menschen. ☐

*Bernhard Dobbert ist im IG Metall-Vorstand für Jugendarbeit und -politik zuständig.*



## KURZ UND KLEIN

### Aktivposten

☐ Am 29. August 2009 veranstaltet die **DGB-Jugend Frankfurt/M.** eine Party zum 60. Geburtstag der DGB-Jugend. Am 11. September 2009 folgt ihre lange Nacht der Politik. Motto: »Perspektiven schaffen statt Jugend abwracken«.

[www.hessen.dgb.de/jugend/index\\_html](http://www.hessen.dgb.de/jugend/index_html)

☐ Am 17. September 2009 tagt die Vollversammlung des Landesjugendrings NRW mit von der **DGB-Jugend NRW** getragenen Anträgen. Am 19. September 2009 findet die Bezirksjugendkonferenz statt. Für den 13. Oktober 2009 ist die Veröffentlichung des NRW-Ausbildungsreports angedacht – mit nun schon traditionellem Jugendpolitischen Suppenessen.

[www.dgb-jugend-nrw.de](http://www.dgb-jugend-nrw.de)

☐ Die Termine der **DGB-Jugend Nord**: 28. bis 30. August 2009: Berufsschul-Teamtreffen in Lübeck. 7. September bis 20. Oktober 2009: Berufsschultour Nord. Am 16. September 2009 findet ab 18 Uhr im DGB-Jugend-Club »Movimen-

to« eine Diskussionsveranstaltung zur Bundestagswahl mit KandidatInnen der fünf im Bundestag vertretenen Parteien statt. Themen: Ausbildung, Mindestlohn, Jugendarbeitsschutz.

[www.dgb-jugend-nord.de](http://www.dgb-jugend-nord.de)

☐ Von 24. bis 30. August 2009 findet das schwule Sommercamp der **DGB-Jugend Baden-Württemberg** in Markelfingen am Bodensee statt.

[www.schwulesommercamp.info](http://www.schwulesommercamp.info)

Anfang September 2009 wird es dorthin auch Kennenlernfahrten mit neuen Auszubildenden geben – nicht zum Schwulencamp, sondern nach Markelfingen.

Vom 1. bis 4. Oktober 2009 findet in Stuttgart eine Courage-Teamschulung statt. Hier lernen Interessierte alles über die Projekttag des **Netzwerks für Demokratie und Courage (NDC)** und allgemeine Teamerfertigkeiten.

[www.jugend-bw.dgb.de](http://www.jugend-bw.dgb.de)

☐ Die **DGB-Jugend West** veranstaltet vom 31. August bis 7. Oktober 2009 die Berufsschultour unter dem Motto »Gemeinsam gewinnen«. Am 18./19. September 2009 finden Bezirks- und

Landesjugendkonferenzen in Birkenfeld statt.

[www.dgb-jugend-west.de](http://www.dgb-jugend-west.de)

☐ Und nochmal Courage: Seit diesem Jahr gibt es einen Kooperationsvertrag zwischen dem **NDC** und der Fachhochschule Erfurt. Die Leistungen von Studierenden in NDC-Projekten werden äquivalent zu Studienleistungen in der Hochschule anerkannt. Darüber hinaus erhalten Studierende ein Zertifikat, das als Anlage zum Zeugnis der Bachelor- und Masterstudiengänge die »im Projekt erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen« ausweist.

<http://courage-thueringen.de>

☐ Die **ver.di Jugend** meldet, dass ihre Mitgliederzahlen im 2. Quartal 2009 gut aussehen. Besonders im vorletzten Monat sind sie wieder deutlich angezogen: Mit insgesamt 2.344 Eintrittten lag die Werbequote im Juni 2009 um satte 45% über der des Vorjahresmonats. ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff: »Diese positive Tendenz wollen wir fortsetzen.«

**Soli aktuell** meint: Gute Arbeit!

[www.verdi-jugend.de](http://www.verdi-jugend.de)

**BUCH DES MONATS**

Bildung ist ein Menschenrecht – darüber gibt es nichts zu diskutieren. Laut diversen Bildungsstudien ist Deutschland noch weit von dem Ziel entfernt, benachteiligte SchülerInnen ausreichend zu fördern und gleiche Bildungschancen zu bieten.

Dies gilt speziell für jugendliche MigrantInnen, die durch ihre wirtschaftliche Lage, aufenthaltsrechtliche Beschränkungen und psychosoziale Belastungen besonders unter mangelnden Bildungschancen leiden. WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen plädieren in dem neuen Buch »Bildung für junge Flüchtlinge« für eine Verbesserung der Situation von Kinderflüchtlingen – im Bildungssystem und in anderen Lebensbereichen. Sozialwissenschaftliche, ethische und rechtliche Facetten ihrer Lage werden dargestellt.

*Lothar Krappmann u.a. (Hg.): Bildung für junge Flüchtlinge – ein Menschenrecht: Erfahrungen, Grundlagen und Perspektiven, W.-Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2009, 280 S., 29,90 Euro*

**+ Welttag:** Am 7. Oktober 2009 findet der »Welttag für menschenwürdige Arbeit« statt, der vom Internationalen Gewerkschaftsbund koordiniert wird. Jeder ist dazu aufgerufen, Aktionen für bessere Arbeitsbedingungen zu veranstalten.

*Ideen und Vorschläge an: E-Mail bianca.kuehl@dgb.de*

**+ Normal ist nichts:** Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeit, Ein-Euro-Jobs... Diese Arbeitsformen sind für Beschäftigte schnell mit Risiken und Unsicherheiten verbunden. Das Projekt »GleichbeRECHTigt?!« des Kumpelvereins und der Böckler-Stiftung hat einen kritischen Blick auf diese prekären Arbeitsverhältnisse geworfen.

*Die Handreichung gibt's unter [www.gelbehand.de/gleichberechtigt](http://www.gelbehand.de/gleichberechtigt)*

**+ Achtung:** Für die KZ-Gedenkstätte Kochendorf in Baden-Württemberg könnte noch in diesem Jahr das endgültige Aus beschlossen werden: Die Salzwerke Heilbronn wollen die geplante Sanierung des Besucherbergwerks nicht alleine tragen und fordern finanzielle Unterstützung.

*Eine Online-Petition für den Erhalt der Gedenkstätte gibt es hier: [www.kz-kochendorf.de/petition.html](http://www.kz-kochendorf.de/petition.html)*



**+ »Recognition Now«:** Die Recognition Now gelungen über die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse sind in Deutschland kompliziert und unübersichtlich. Der Kurzfilm »Recognition Now« bietet einen guten Einstieg ins Thema.

*Ausleihbar bei: [www.migration-online.de/midienverleih](http://www.migration-online.de/midienverleih)*

**IMPRESSUM**

*Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
Ingrid Sehrbrock

**Herausgeber:**  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,  
Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: - 409

**E-Mail:**  
jkiontke@web.de

**Internet:**  
[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

**Druck:**  
PrintNetwork PN GmbH

**Redaktion:**  
Jürgen Kiontke

**Grafik:**  
Heiko von Schrenk

**Abowerwaltung:**  
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166,  
E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

*Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)*

*Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.*

**HATTINGEN – SEMINARE**

**Interkulturelle Kompetenz – für gewerkschaftliche Jugendarbeit:** In einer zunehmend globalisierten Welt steigt bei vielen Gewerkschaftsjungen und anderen Trägern der Jugendbildung das Interesse an internationalen Projekten. In diesem Seminar wird interkulturelle Sensibilität gefördert und gleichzeitig ein Grundwissen über Konzepte interkultureller Kompetenz vermittelt. Außerdem werden Tipps und Tricks für die eigene Praxis geliefert. Darüber hinaus können bisherige Erfahrungen bei internationalen Maßnahmen ausgetauscht und ausgewertet werden.

*4. bis 6. September 2009. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode IKL 609278872*

**Anders Lernen:** Laptop und Internet sind überall! Im Mittelpunkt dieses Seminars steht die Idee einer innovativen Pädagogik: Mithilfe einfach zu bedienender Seiten im Internet – »Wikis« – werden Medien bearbeitet und dokumentiert. Wikis können zu Dokumentationszwecken, aber auch zur Strukturierung des Seminargeschehens und damit als Lehrmethode eingesetzt werden. Ziel des Seminars ist es, eine Vorstellung von der Verbindung zwischen innovativen pädagogischen Konzepten und der Arbeit mit den neuen Medien zu entwickeln.

*11. bis 13. September 2009. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode NLM 609268851  
Anmeldungen: [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)*

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

**An den  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich  Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	